

Die Lage der Tierheime spitzt sich weiter zu. Unter Hochdruck bemüht sich der Deutsche Tierschutzbund für seine über 700 Mitgliedsvereine mit mehr als 500 Tierheimen bundesweit um eine Lösung. Dazu gehört neben einer bundesweit einheitlichen Rahmenregelung für die Fundtierkostenerstattung auch ein Finanztopf für dringend erforderliche Investitionen in den Tierheimen. Der Deutsche Tierschutzbund geht jetzt einen ungewöhnlichen Weg: Mit einem „Offenen Brief“ hat sich Wolfgang Apel, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, nun an Mandatsträger auf kommunaler Ebene gewandt. Der Text wird in den Monatszeitschriften für Kommunalpolitiker der im Bundestag vertretenen Parteien (AKP - Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik, DEMO - Demokratische Gemeinde, Das Rathaus, KOPO - Kommunalpolitische Blätter) veröffentlicht.

Wolfgang Apel erläutert zu der Aktion: „Die Tierheime kümmern sich mit vielen ehrenamtlichen Helfern um jedes Tier - rund um die Uhr. Das gilt auch für Fundtiere. Damit übernehmen die Tierheime Verpflichtungen der Kommunen, bleiben aber immer häufiger auf den Kosten sitzen. Zudem werden immer mehr Lasten als Folge der Gesetzgebung auf den karitativen Tierschutz abgeschoben. Das kann so nicht weitergehen, Tierschutz ist eine staatliche Aufgabe. Unsere Hilferufe dürfen nicht länger ungehört bleiben, viele Tierheime kämpfen um ihre Existenz. Der Bund, aber im Besonderen die Länder und die Kommunen müssen handeln!“

Nachfolgend der Wortlaut des Offenen Briefes:

Liebe kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Lage der Tierheime wird immer prekärer. Viele Tierheime kämpfen um ihre Existenz.

Die Gründe für die Situation sind vielfältig: Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch der Sozialgesetzgebung schlagen sich im praktischen Tierschutz negativ nieder. Auf der einen Seite gehen Spendenaufkommen und Sponsoringleistungen weiter zurück, auf der anderen Seite werden immer mehr Tiere aus finanziellen Gründen abgegeben. Die Verweildauer von Tieren in den Tierheimen hat sich dramatisch erhöht, die Kosten steigen stetig. Es sind erhebliche bauliche Investitionen notwendig, die derzeit von den Tierheimen nicht finanzierbar sind.

Seit Jahrzehnten übernehmen die Tierheime als Tierschutzeinrichtung öffentliche Aufgaben und setzen hier Spendengelder ein. Mit großem Engagement und letztlich auch zur Entlastung der kommunalen Haushalte. Denn die Fundtierverwaltung ist eine Pflichtaufgabe. Eine breit angelegte Umfrage hat nun ergeben, dass die Kommunen durchschnittlich 25 Prozent der im Tierheim anfallenden Kosten übernehmen, aber knapp 80 Prozent der Leistungen abrufen.

Die Tierheime sind nicht mehr länger in der Lage, auf dieser Basis Aufgaben für die öffentliche Hand zu übernehmen. Derzeit könnte ich den uns angeschlossenen über 700 Tierschutzvereinen nur raten, eine Fundtierbetreuung abzulehnen. Aber das ist nicht mein, sicher auch nicht Ihr Ziel. Abgesehen von einem Rückschlag für den Tierschutz insgesamt, wären Insolvenzen der Tierheime auch für Ihre Kommunen tragisch: Die Fundtierbetreuung müssten Sie in eigener Regie übernehmen.

Tierheime sind für eine soziale Gesellschaft wichtig: Wir übernehmen zusätzlich viele pädagogische und therapeutische Aufgaben. In den Tierheimen werden Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen. In der Regel sind Investitionen in den Tierschutz mit Aufträgen für das lokale Handwerk verbunden.

Wir haben bereits alles versucht, mit Ihren kommunalen Spitzenvertretern ins direkte Gespräch einzutreten. Leider wurde ein mit den jeweiligen Präsidenten vereinbartes Spitzengespräch kurzfristig abgesagt. Deshalb wende ich mich heute direkt an Sie: Bitte helfen Sie uns, Lösungen zu finden!

Sicher, es geht um langfristige, überregionale Lösungen: Ein bundesweit einheitlicher Rahmen für die "Fundtierkostenerstattung" sowie die Schaffung eines dauerhaften Investitionsfonds und eines Nothilfefonds in den öffentlichen Haushalten.

Daher kommt es jetzt aber auf Sie vor Ort an. Ich appelliere an Sie: Unterstützen Sie den örtlichen, uns angeschlossenen Tierschutzverein als Ihren Partner. Es ist auch in Ihrem Interesse, die Tierheime zu erhalten.

Wolfgang Apel
Präsident des Deutschen Tierschutzbundes

Verantwortlich für den Inhalt dieser Meldung: Deutscher Tierschutzbund e.V.
http://www.tierschutzbund.de/fileadmin/mediendatenbank_free/Briefe_etc/DTSC_HB_Offener_Brief_Kommunen.pdf

Weiter Informationen:

Rettet die Tierheime!
<http://www.tierschutzbund.de/rettet-die-tierheime.html>